

# EXTRA standpunkt

## DER WIRTSCHAFT



20. Mai 2005 | Nummer 176 | 8. Jahrgang

Offizielles Informationsorgan der WIRTSCHAFTSKAMMER BASELSTADT

### editorial

## Zwei JA für Kanton, Bevölkerung und KMU-Wirtschaft



**Hans Rudolf Gysin**  
Nationalrat,  
Direktor Wirtschaftskammer Baselland

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in unserem Kanton sind ohne jeden Zweifel ganz wertvolle Stützen unserer Wirtschaft, aber auch unserer Gesellschaft. Zum einen sorgen sie mit ihrem Einsatz für ein erhebliches Steuereinkommen des Kantons – vor allem aber stellen sie im Baselland neun von zehn Arbeitsplätzen, und mindestens vier Fünftel aller Lehrstellen sicher.

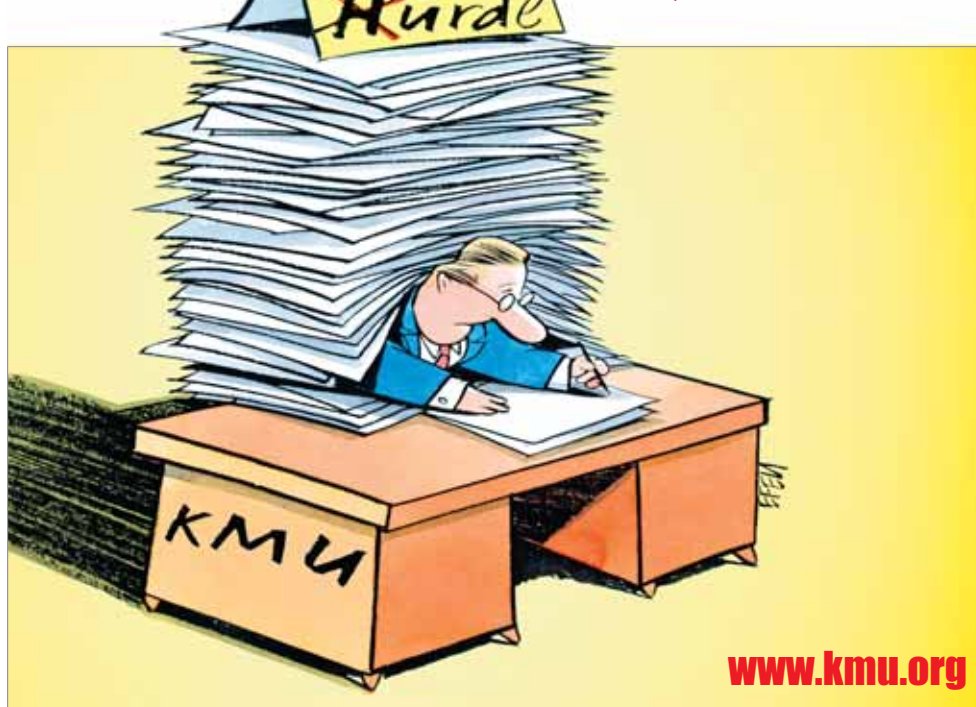
Natürlich gibt das den KMU nicht mehr Rechte und ist auch kein Grund für Privilegien. Andererseits sollen die KMU aber auch nicht quasi die «Dummen» sein, welche die stetig anwachsende Staats-Bürokratie in erster Linie ausbaden müssen. 650 Stunden behördlich verfügbarer Papierkrieg pro Jahr, die vor allem die Kleinunternehmen drücken, sind nicht mehr zu verantworten.

Die KMU-Entlastungsinitiativen vom 5. Juni sind ein erster Schritt in die richtige Richtung, um diese enorme Belastung in Baselland dort abzubauen, wo sie nur zweifelhaften Aufwand und kaum Nutzen bringt.

**Ich bitte Sie für die Baselländer KMU: Stimmen Sie am 5. Juni zweimal JA. Davon profitieren Sie, unsere ohnehin kaum wachsende Wirtschaft und schliesslich auch unser Staatswesen.**

Kantonale Abstimmung am 5. Juni zu den KMU-Initiativen

# Entlasten



[www.kmu.org](http://www.kmu.org)

Die Fakten sind erschreckend: 650 Stunden Papierkrieg muss jedes Schweizer Unternehmen jährlich nur für die Staatsbürokratie aufwenden. Dadurch entstehen pro Jahr volkswirtschaftliche Kosten im Umfang von sieben Milliarden Franken – Kapital, das ohne Wertschöpfung einfach in der Verwaltung «verdunstet». Dieser stetig zunehmende Unsinn muss endlich abgebremst werden. Die «KMU-Entlastungsinitiativen» machen im Kanton Baselland den ersten Schritt. 12'000 Baselbieter KMU, die über 82'000 Arbeitsplätze und über 4000 Lehrstellen sicherstellen, empfehlen deshalb für das Abstimmungswochenende vom kommenden 5. Juni:

**Zweimal JA zu den KMU-Entlastungsinitiativen!**

Die sprichwörtliche Schweizer Präzision hat auch ihre Schattenseiten: in erster Linie in der Gesetzgebung und – als unabwendbare Folge – in ihrer gnadenlosen Umsetzung mit Verordnungen, Verfügungen, Weisungen, Kontrollen (sowie Kontrolle der Kontrollen), Gebühren und allenfalls Bussen. Dies frei nach dem Motto: «Zu jedem Problemchen ein Gesetzchen», das

schliesslich in der Verwaltung von Bund und Kantonen in absoluter Perfektion und Präzision umgesetzt wird.

#### Lawine mit stetig wachsendem Umfang

Dieses «Schneeballsystem» entwickelt sich immer mehr zu einer eigentlichen Gesetzeslawine: Waren es in den sechziger Jahren

jährlich noch rund 1550 Seiten Gesetze und Verordnungen, die allein im Bund neu geschaffen wurden, so sind es heute bereits mehr als doppelt so viele, nämlich 3400 Seiten pro Jahr – mit weiter steigendem Umfang.

Diese «Legiferierwut» hat natürlich ihre Konsequenzen für alle

Fortsetzung auf Seite 2 →

## Komitee

Initianten der  
KMU-Entlastungs-  
vorlagen

Die KMU-Entlastungsinitiativen wurden im Herbst 2003 lanciert und am 3. November 2003 mit gegen 12'000 Unterschriften eingereicht. Hinter den beiden Volksbegehren stehen Repräsentanten der Baselbieter KMU-Wirtschaft:

Hans Rudolf **Gysin**, Nationalrat, Pratteln (Präsident); Remo **Franz**, Landrat CVP, Aesch; Jörg **Krähenbühl**, Landrat SVP, Reinach; Andreas **Schneider**, Präsident Wirtschaftskammer Baselland, Pratteln; Thomas **Schulte**, Landrat FDP, Oberwil; Daniel **Spinnler**, Liestal; Martin **Wagner**, Rünenberg.

## «Komitee JA zur Förderung und zur administrativen Entlastung der Baselbieter KMU»,

Postfach 633, 4410 Liestal

Weitere Detailinformationen zu den beiden KMU-Entlastungsinitiativen unter:

[www.kmu.org](http://www.kmu.org)

## Impressum

## standpunkt

Spezialauflage: 32'000 Exemplare

Erscheinungsweise Normalausgabe:  
mind. 20-mal jährlich

## Herausgeber:

- Wirtschaftskammer Baselland
- Arbeitgeber Baselland

Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,  
4410 Liestal  
Tel. 061-927 64 64, Fax 061-927 65 50  
Internet: [www.wirtschaftskammer.org](http://www.wirtschaftskammer.org)  
e-mail: [standpunkt@kmu.org](mailto:standpunkt@kmu.org)

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor

Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Satz/Umbruch: **IMF** Institut für  
Wirtschaftsförderung, Haus der Wirtschaft,  
4410 Liestal

Inserate: Simone Zihlmann, Atelier  
Donelli, Postfach, 4009 Basel  
Tel. 061 303 83 55, Mail: [donelli@freesurf.ch](mailto:donelli@freesurf.ch)

«Standpunkt der Wirtschaft» ist die offizielle Zeitung der herausgebenden Organisationen für deren Mitglieder und Mitgliedsverbände. Abonnement für die Mitglieder im Jahresbeitrag inbegriffen.

Von weniger Bürokratie und mehr Wertschöpfung in den KMU profitieren alle

## Zweimal JA zur KMU-Entlastung

Fortsetzung von Seite 1 →

Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere aber für die Schweizer Unternehmen, die den überwiegenden Anteil dieser Gesetzgebung schliesslich auch umsetzen müssen:

## Sisyphus-Arbeit

Komplizierte Vorschriften studieren, Formulare ausfüllen, Statistiken erstellen, Bewilligungen einholen, Tabellen mit den ständig gleichen Angaben produzieren, Belege sammeln, sich von Behörde zu Behörde durchschlagen: Die Liste der meist unnötigen oder zumindest völlig überzogenen administrativen Aufgaben ist lang, die heute ein Unternehmen – behördlich verordnet – erfüllen muss.

Noch länger ist die Liste der Gesetze und Vorschriften, die dabei beachtet werden müssen: neben den Vorgaben zur Buchhaltung, Steuerabrechnung, Mehrwertsteuer, Abrechnungen der Sozialversicherungen, Lohnausweise und Quellenbesteuerung gehören unter vielem anderem dazu: EKAS/ASA-Richtlinie zur Gesundheitsvorsorge, Arbeitszeitenkontrollen und -bewilligungen, Rückforderung der Verrechnungssteuer, Lebensmittelgesetzgebung, Preisangabe-Vorschriften, Umweltschutzgesetzgebung, Baubewilligungsverfahren, Deklaration Stempelabgaben, Emissionsbilanzen, Giftgesetzgebung, Transportvorschriften mit entsprechenden Listen und Statistiken, Luftreinhalteverordnung, Zulassungsformalitäten für Fahrzeuge, Zollformalitäten, Vorbereiten und Bestehen von Inspektionen und Revisionen – und unzählige Gänge zu den Behörden, häufig «von Pontius bis Pilatus».

## Happige Bussen schon bei kleinen Fehlern

Der Grossteil dieser Vorschriften wird auch laufend angepasst und erweitert, oft genug, ohne dass dies der Unternehmer weiss



2x JA zu den KMU-Initiativen am Wochenende vom 5. Juni.

Foto Keystone

bzw. wahrnimmt. Allein die Vorschriften für die Mehrwertsteuer umfassen heute gegen 3000 Seiten, die von 600 Steuerbeamten «betreut» werden. Kommt hinzu, dass es für Unternehmer bald nicht mehr ohne Juristen-Studium geht, damit sie diese Gesetzesgrundlagen überhaupt noch verstehen. Trotzdem: Schon bei kleinen Fehlern drohen teils happige Bussen.

## Die Kleinen sind die Gestraften

Grössere Unternehmen können sich für diese Vorschriftenflut Spezialisten leisten. Wirklich hart trifft die Behördenbürokratie jedoch die Klein- und Kleinunternehmen – immerhin über 85 Prozent aller Schweizer Firmen. Sie sind gezwungen, sich selbst – in der Regel über die Wochenenden und Feiertage – durch diesen Paragraphenwald hindurch zu ackern oder aber einen Teil davon an teure externe Berater zu delegieren.

Dabei hätten diese KMU-Inhaber bzw. -Inhaberinnen viel wichtigere Aufgaben zu erfüllen: zum Beispiel in der Auftragsakquisition, Mitarbeiterführung oder Produktentwicklung. Aufgaben, welche die Existenz des Unternehmens und damit die Erhaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sichern.

## Jährlich 650 Stunden für Bund und Kanton

Mitte der 80er Jahre benötigten die KMU für die behördliche Administration im Durchschnitt noch 370 Stunden pro Jahr. Innerhalb von 20 Jahren haben sich diese Aufwändungen mehr als verdoppelt: Heute werden bereits 650 Stunden aufgewendet. Der Bund geht davon aus, dass die staatlich verordnete Papierarbeit in der Schweiz pro Jahr volkswirtschaftliche Kosten von umgerechnet sieben Milliarden Franken verursacht.

# Entlastung in BL



**Und in Baselland muss ein KMU – je nach Tätigkeit und Eigenschaft – 80 bis 270 Stunden allein für die Erfüllung jener Vorschriften aufwenden, die der Kanton selbst oder im Auftrag des Bundes verlangt.** Dies hat eine Umfrage ergeben, an der sich über 1000 Baselbieter KMU beteiligt haben.

Leider deutet nichts auf einen Abbau dieser behördlichen Belastungen hin. Im Gegenteil: Über 90 Prozent der befragten Baselbieter KMU finden, dass die Vorschriften in den letzten 5 Jahren zugenommen haben – und damit auch der Administrationsaufwand!

## Problem längst anerkannt – aber ohne Wirkung

Diesen gesamten Problemkreis kennt man sowohl im Bund als auch in den Kantonen nicht erst seit heute. Seit einigen Jahren wird darüber debattiert, dass insbesondere die KMU-Wirtschaft von die-

ser Bürokratieflut entlastet werden muss, deren Nutzen selbst von Behörden oft in Frage gestellt wird. Denn: Man kennt den volkswirtschaftlichen Schaden auch dort sehr genau.

Doch wie so oft bei den wirklichen Problemen: Konkrete Taten sind bis jetzt nicht in Angriff genommen worden – im Gegenteil. Das Legiferieren, Verordnen, Verfügen, Kontrollieren und Büssen geht munter weiter – in stetig steigender Kadenz. Der Neue Lohnausweis, der gerade wegen seinem unübersehbaren administrativen Mehraufwand für die KMU derzeit im heftigen Kreuzfeuer der Kritik steht, ist der beste Beweis, dass eine Wende seitens der Verwaltung (und der Parlamente) nicht in Sicht ist.

## Wirtschaftskammer tritt auf die Bremse

Die Wirtschaftskammer Basel-land setzt nun schweizweit ein erstes konkretes Zeichen: Im Herbst 2003 hat sie die «KMU-Förderungsinitiative» auf Verfassungsebene und die KMU-Entlastungsinitiative auf Gesetzesebene lanciert und beide Volksbegehren am 3. November 2003 mit insgesamt knapp 12'000 Unterschriften (gesetzlich erforderlich: zweimal 1500) eingereicht. Beide Initiativen verpflichten Baselland, einerseits die KMU im Kanton insgesamt zu fördern und in diesem Zusammenhang aktiv den Abbau der Behördenbürokratie in Angriff zu nehmen (**Details zu den konkreten**

**Massnahmen und Instrumenten: siehe Seite 5).** Andere kantonale KMU-Dachverbände haben diesen Ball aufgenommen und in ihren Kantonen selbst Volksbegehren nach dem Muster von Basel-land lanciert – namentlich Aargau und Solothurn.

## Lösung des grossen Problems: 2x JA am 5. Juni

Die in dieser EXTRA-Ausgabe des «Standpunkt» dargestellten Zahlen und Fakten zur Administrativbelastung der Wirtschaft – allem voran der KMU – zeigen in aller Deutlichkeit auf, dass das Problem der Staatsbürokratie endlich angepackt werden muss. **Das sehr verhaltene Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, die unvermindert hohe Zahl der Arbeitslosen in unserem Land und – als Folge des wirtschaftlichen Kriechganges – die stagnierenden bis sinkenden Steuereinnahmen, zwingen zum Handeln.**

Die KMU-Entlastungsinitiativen sind ein erster wichtiger Schritt, das Wachstum der Wirtschaft (und nicht der Bürokratie) wieder anzukurbeln – durch Entlastung der Baselbieter KMU von wirtschaftshemmenden Aufgaben.

**Von einem doppelten JA zur KMU-Entlastung am 5. Juni profitieren also alle: Bevölkerung, Staat und Wirtschaft.**

*lic. rer. pol. Daniel Spinnler,  
Mitglied des Komitees*



**Unterschriftenübergabe** (v. l.): 2. Landschreiber Alex Achermann, Landrat Thomas de Courten, Wirtschaftskammer-Präsident Andreas Schneider, Landräte Remo Franz und Thomas Schulte, Daniel Spinnler und Nationalrat Hans Rudolf Gysin.

## Kurzschluss

### «Konjunktiv»-Politik ist keine Lösung

Wie bei jeder Abstimmungsvorlage gibt es auch zu den KMU-Entlastungsinitiativen sogenannte «Bedenkenträger», die vor allem im Konjunktiv argumentieren: Man müsste doch eigentlich nur ..., man sollte doch vielmehr ..., man könnte doch besser ... leiten sie ihre Argumente ein.

Wenn derlei Bedenken zum Beispiel von der SP her kommen, dann ist das nicht weiter verwunderlich, aber trotzdem bedauerlich. Denn: Ausgerechnet von dieser Seite wird doch gerade heute zunehmend geklagt, wie stark gerade die Arbeits- und Ausbildungsplätze unter Druck stehen und immer mehr gefährdet sind. Wer sich allerdings dagegen stemmt, die Rahmenbedingungen für die KMU-Wirtschaft endlich zu verbessern, stemmt sich eben auch gegen sicherere Arbeitsplätze und mehr Lehrstellen. Und diese Opposition passt so gar nicht in die vor den Wahlen gerade von der SP Baselland abgegebenen Beteuerungen, wie sehr ihr doch das Wohl der KMU ein Anliegen ist.

Ebenso bedenklich sind aber auch Stimmen aus sonst wirtschafts- und KMU-bejahenden Kreisen, die jetzt auch den Polit-Konjunktiv entdeckt haben und zu den KMU-Initiativen quengeln, dafür würde es doch kein neues Gesetz brauchen, das Problem des wachsenden Behörden-Papierkrieges könnte doch auch anders gelöst werden. Da müssten doch Regierung und Verwaltung einfach nur ...

**Mit Verlaub: Der Behördenpapierkrieg ist in den letzten 20 Jahren um über das Doppelte angestiegen. Seit Jahren ist in Bund und Kantonen dieser Missstand anerkannt und wird er auch heftig beklagt. Jedoch: Passiert ist rein gar nichts! Jetzt zieht die KMU-Wirtschaft mit ihren Entlastungsinitiativen gezwungenermassen selbst die Notbremse – aus reiner, aber legitimer Notwehr heraus.**

*Markus Meier*

# Schengen/Dublin – der erste Schritt zum EU-Beitritt!

Schengen nützt weder der Wirtschaft noch der Sicherheit. Denn bei Schengen geht es um die Abschaffung der Grenzkontrollen und der Grenzen. Im Schengen-Vertrag steht klipp und klar: «Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden. Den zuständigen Grenzbehörden ist es damit verwehrt, überhaupt noch Binnengrenzkontrollen vorzunehmen. Mit der Befreiung von Grenzkontrollen entfällt die Verpflichtung, aufgrund des Überschreitens der Binnengrenzen ein gültiges Grenzübertrittsdocument vorzuzeigen oder vorzulegen.» (SDÜ Art. 2/Beschluss v. 26.4.1994).

Personen dürfen nur noch kontrolliert werden, wenn ein konkreter Verdacht vorliegt: «Wir dürfen keine Personen mehr kontrollieren, nur weil sie die Grenze überschreiten» (Oberzolldirektor Dietrich, 5.2.2005). Grenzwächter und Polizisten haben grösste Bedenken gegenüber Schengen. Aber sie haben einen Maulkorb erhalten und dürfen sich nicht öffentlich äussern.

Schengen unterstellt uns 500 Seiten fremdem EU-Recht. Neues EU-Recht müssen wir übernehmen ohne mitbestimmen zu können. Dies nur, weil der Bundesrat über Schengen in die EU will: «Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten.» (M. Calmy-Rey, 24.4.2003).

Das «Institut Constant de Rebecque» – eine unabhängige, liberale Organisation aus Lausanne – hat im April 2005 eine Studie zum Schengen-Beitritt der Schweiz veröffentlicht. Das Institut kommt zum Schluss: «**Der Beitritt der Schweiz zu den Schengen/Dublin-Abkommen scheint aus liberaler Perspektive nicht vertretbar.**»

## Diese Folgerung gründet das Institut auf folgenden Erkenntnissen:

**1.** Wenn Schengen als konsequente Weiterführung des bilateralen Wegs der Schweiz mit der EU dargestellt wird, so ist dies missverständlich. Schengen beschränkt sich nicht nur auf Kooperation, sondern stellt einen Integrations-schritt in die EU dar, weil sich die Schweiz verpflichten würde, zukünftige Gesetze anzuwenden, die von der EU beschlossen werden. Zudem erweisen sich die bereits unter dem Einfluss von Schengen eingeführten Gesetze, welche die Schweiz zu übernehmen gedenkt, als untauglich und teilweise auch als Einschränkung der Freiheit.

**2.** Im Asylbereich bringt die Beteiligung an Dublin keine grundsätzliche Verbesserung. Vielmehr zementiert sie den Status quo und macht das Entstehen eines neuen, mit den humanitären Prinzipien unseres Landes besser zu vereinbarenden Systems noch schwieriger.

**3.** Die Änderungen des Waffengesetzes, die Schengen mit sich bringt und die angeblich eine positive Wirkung auf die Sicherheit ausüben sollen, schränken zahlreiche Freiheiten ein.

**4.** Was die Öffnung der Grenzen anbelangt, erweist sich diese in Bezug auf die Freiheit als trügerisch, denn sie wird durch umstrittene Massnahmen wie zum Beispiel durch Kontrollen im Landesinnern und durch eine Beteiligung am Schengen Information-System (SIS) kompensiert. Damit Schengen der Schweiz mehr Sicherheit bringen würde, müsste einerseits mehr Sicherheit innerhalb des von diesem Abkommen abgedeckten Raumes herrschen. Andererseits dürfte es innerhalb der Schweiz nicht eine derart hohe, durch Delinquenten aus dem Schengen-Raum verursachte Kriminalität geben. Andernfalls müssten sich die internen Kontrollen, welche die Grenzkontrollen zu ersetzen hätten, tatsächlich als wirksamer erweisen als letztere, was beim System Schengen selbst auch nicht der Fall zu sein scheint.

**5.** Die durch Schengen implizierte gemeinsame Visa-Politik ist wenig vorteilhaft, beraubt sie doch auf diesem Gebiet die Schweiz ihrer Autonomie durch die Abhängigkeit von ausländischen Botschaften.

**6.** Die gegenseitige Rechtshilfe mit der EU auf dem Gebiet des Steuerwesens greift das Bankgeheimnis zwar nicht direkt an, schützt es aber auch nicht.

**7.** Die gesetzliche Harmonisierung mit der EU ist vom Standpunkt des institutionellen und des fiskalischen Wettbewerbs aus nicht wünschenswert, denn Schengen könnte sehr wohl einen Schritt hin zur Zollunion bedeuten. Nähert sich die Schweiz zu stark der EU an, verliert sie ihre Flexibilität und damit die Möglichkeit eines ausgebauten Freihandels mit anderen Wirtschaftsräumen der Welt.

(zitiert aus: Institut Constant de Rebecque, Beitritt der Schweiz zu den Schengen/Dublin-Abkommen – eine Betrachtung aus liberaler Sicht, April 2005)

## Damit ist klar:

- **Schengen hat für die Wirtschaft keinerlei positive Wirkung.**
- **Schengen führt zu einem massiven Souveränitätsverlust.**
- **Schengen führt zu einem Sicherheitsverlust.**
- **Schengen ist der erste Schritt zum EU-Beitritt.**

Darum: **Schengen/Dublin**

# NEIN

Schweizerisches Aktionskomitee gegen «Schengen-/EU-Beitritt», Postfach 669, 3000 Bern 31, Tel. 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, info@schengen-nein.ch, www.schengen-nein.ch

Unterstützen Sie unsere Kampagne mit einer Spende auf PC 30-77 88 58-1. Sie ermöglichen das weitere Erscheinen dieses Inserates. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

KMU-Entlastungsinitiative verlangt konkrete Bürokratieabbau-Massnahmen

# JA zu griffigen Werkzeugen

Am Wochenende vom 5. Juni 2005 kommen im Baselbiet als einzige kantonale Vorlagen die beiden KMU-Entlastungsbegehren zur Abstimmung. Während mit der «KMU-Förderungsinitiative» in der Kantonsverfassung die Grundlagen der generellen Förderung und Entlastung der KMU von unnötiger Bürokratie festgelegt wird, nennt die «KMU-Entlastungsinitiative» per Gesetz die entsprechenden griffigen Massnahmen und «Werkzeuge» für den konkreten Abbau der administrativen Belastungen durch unnötigen Papierkrieg. Was ist darin – unter anderem – enthalten?

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Baselland beschäftigen nicht nur rund drei Viertel aller Baselbieter Erwerbstätigen, sondern stellen auch den überwiegenden Anteil der Lehrstellen sicher. Es gilt, diesen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wert zu erhalten und zu fördern – durch optimale Rahmenbedingungen. Neben steuerlichen Aspekten spielt dabei sicher auch eine Rolle, wie stark die KMU von der behördlich verfügte Administration belastet werden.

Dieser Anteil hat in den letzten rund 20 Jahren enorm zugenommen (siehe Beitrag auf den Seiten 1–3). Der Aufwand hat ein Mass erreicht, das nicht mehr vertretbar ist. Dafür gibt es zwei Hauptursachen: erstens das Bestreben der Politik, jedes Problemchen mit einem Gesetzchen lösen zu wollen, ohne sich über die Folgen zu lasten der KMU bewusst zu sein.

Zweitens ist es der oft festgestellte Überperfektionismus der Behörden bei der Ausgestaltung von Verfügungen, Verfahren und Formularen sowie die mangelnde Koordination unter den einzelnen Amtsstellen mit ein wesentlicher Grund für den steigenden Aufwand in den KMU.

Der Bund hat die Problematik erkannt und unternimmt bereits Anstrengungen, um die KMU auf Bundesebene administrativ zu entlasten. Allerdings genügen diese Bestrebungen in der föderalistischen

Schweiz nicht. **Um eine effektive Entlastung der KMU zu erreichen und damit attraktive Standortbedingungen sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern, muss das Problem auch auf kantonaler Ebene angegangen werden.** Hier greift die «KMU-Entlastungsinitiative» ein:

## Konkrete Ziele und Massnahmen

Mit einem JA zur «KMU-Entlastungsinitiative» beauftragen die Baselbieterinnen und Baselbieter ihren Kanton, den Abbau der behördlich verfügte Administration auf verschiedenen Stufen zu vollziehen. Die Gesetzesinitiative gibt dem Kanton klare Ziele vor und bestimmt Massnahmen sowie Instrumente, die den überbordenden Regulierungsdrang stoppen sollen.

## «Elchtest» für KMU-Verträglichkeit

So verpflichtet die in der Initiative verlangte «Regulierungsfolge-Abschätzung» die Behörden, jeden bestehenden, aber auch jeden neuen Er-

lass, von welchem Firmen betroffen sind, auf ihre **KMU-Verträglichkeit** hin zu prüfen.

Das heisst: Der Kanton muss abschätzen, mit welchen zusätzlichen Aufwendungen die KMU rechnen müssten. Ebenso müssen die damit verbundenen Verfahren durchleuchtet werden. Sind die Aufwendungen im Verhältnis zum effektiven Nutzen zu hoch, müssen entsprechende Korrekturen vorgenommen werden. Dazu gehören beispielweise die Einführung von elektronischen Behördendienstleistungen oder die Vereinfachung von Verfahren und Formularen.

## Schluss mit «Von Pontius bis Pilatus»

Weiter verlangt die Entlastungsinitiative auch die Errichtung eines sogenannten «One-Stop-Shops», also einer zentralen Auskunftsstelle in der Verwaltung, wo einfach und rasch alle Informationen zur korrekten Erfüllung amtlicher Vorschriften eingeholt werden können. Schliesslich sollen sich Vertreter aus der Ver-

waltung und der KMU-Wirtschaft im «KMU-Forum» über die gängigsten Probleme austauschen und gemeinsam bessere Lösungen zugunsten der KMU-Entlastung erarbeiten.

**Durch die KMU-Entlastungsinitiative werden jene Gesetze und Verfahren identifiziert, die niemandem nützen – aber jede Menge Aufwand für die KMU (und auch für die Amtsstellen) verursachen. So bleibt das Baselbiet als Standort attraktiv und die KMU haben endlich mehr Zeit, ihre Kernaufgaben zu erfüllen: nämlich Wertschöpfung zu generieren.**

## Rasche KMU-Entlastung

Dem Kanton wird zur Umsetzung die notwendige Flexibilität gegeben. Mit einem JA verpflichten Sie aber den Kanton dazu, rasch zu handeln. Bereits innerhalb eines Jahres müssen die wichtigsten Bestimmungen umgesetzt werden. Die Gefahr, dass die durch viele Politiker schon seit langem versprochene KMU-Entlastung wieder versandet, ist somit gebannt.

**Zwei JA fördern das Wirtschaftswachstum sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Baselbieter KMU-Wirtschaft. Zwei JA bringen aber auch eine schlankere und damit kostengünstigere Staatsverwaltung.**

Markus Meier



# Sicherheit



## mit Schengen / Dublin



«Das bilaterale Polizei- und Asylabkommen Schengen/Dublin hilft uns im Kampf gegen Kriminelle und Schlepperbanden.»

**Heinz Buttauer**  
Präsident Verband  
Schweiz. Polizeibeamter

# ja+

Justiz- und Polizeiforum  
«Bürgersicherheit mit Schengen/Dublin»  
[www.sicherheit-schengen.ch](http://www.sicherheit-schengen.ch)

# Berufsschau



26.-30. Oktober  
**Pratteln**

# Weniger Staats-Bürokratie



[www.kmu.org](http://www.kmu.org)

Deshalb:

# 2x JA

# KMU-Entlastung

5. Juni 2005

Wirtschaftswoche | Heft 24 | New der Wirtschaft, 4010 Leser